



BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V.

Stellungnahme zum Referentenentwurf für ein Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts

Die BAGSO versteht sich als Stimme der älteren Generationen. Dazu zählen in immer größerer Zahl auch die in Deutschland lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Eine Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) vom April 2022 zählt für das Jahr 2020 bereits 2,2 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, die 65 und älter sind, Tendenz steigend.

Eine Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts im Sinne einer Erleichterung der Einbürgerung begrüßt die BAGSO grundsätzlich. Die deutsche Staatsbürgerschaft bietet auch aufgrund der damit verbundenen Teilhaberechte einen Integrationsanreiz. Eine Erleichterung zum Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft ist somit für viele länger in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten sinnvoll. Die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit dürfte dabei gerade für diejenigen, die selbst noch im Herkunftsland geboren sind, von entscheidender Bedeutung sein. Denn bei ihnen ist eine besonders starke kulturelle Verwurzelung im jeweiligen Heimatland anzunehmen.

Es erscheint auch angemessen, die bislang geforderte „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ durch konkrete Ausschlussgründe für die Einbürgerung zu ersetzen. Für Angehörige der älteren Generationen muss weniger die Integration im Sinne einer „Einordnung“ als vielmehr die Anerkennung ihrer Lebensleistung im Vordergrund stehen.

Vor allem mit Blick auf die älteren türkischen Frauen der Gastarbeitergeneration sowie die bereits in höherem Lebensalter eingewanderten russischsprachigen Frauen und Männer fordern wir weitergehende Erleichterungen: Inbesondere dürfen für Menschen in höherem Lebensalter Deutschkenntnisse nicht zur Voraussetzung für eine Einbürgerung gemacht werden.

Gerade in der „Gastarbeitergeneration“ gibt es viele Menschen mit sehr geringer Bildung. Besonders Mädchen waren und sind in den Herkunftsländern, speziell in ländlichen Gegenden, häufig von der Teilnahme am Schulunterricht ausgeschlossen. Die Gründe dafür liegen in Armut und patriarchalischen Strukturen. Die Frauen der „Gastarbeitergeneration“ und ebenso die in höherem Alter eingewanderten Russischsprachigen

waren zudem in Deutschland vielfach nicht ins Arbeitsleben integriert waren, und vielerorts wurden keine spezifischen Sprachkurse für sie angeboten.

Schließlich wurde der Spracherwerb bei der „Gastarbeitergeneration“ durch die von beiden Seiten geteilte Vorstellung erschwert war, dass die Menschen nur zeitweise in Deutschland bleiben und irgendwann in ihre Heimat zurückkehren würden. Gerade viele Frauen haben – auch durch kulturell zugeschriebene Rollen – die deutsche Sprache nur auf einem niedrigen Niveau erworben. Und selbst bei denen, die im Berufsleben waren, gehen die deutschen Sprachkenntnisse nach dem Ausscheiden aus dem Beruf und mit zunehmendem Alter wieder zurück.

Die Erleichterung beim Sprachnachweis und dem Einbürgerungstest wäre ein wichtiges Signal an die Betroffenen, dass sie nach wie vor in Deutschland willkommen sind.

Die Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht sollten aus Sicht der BAGSO durch Initiativen flankiert werden, die darauf zielen, gerade auch ältere Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zur stärkeren Beteiligung an Teilhabe- und Bildungsangeboten zu animieren. Solche Maßnahmen, gemeinsam mit Migrantenselbstorganisationen konzipiert und umgesetzt, könnten maßgeblich dazu beitragen, einer wachsenden Vereinsamung entgegenzuwirken.

Bonn, 16. Juni 2023

Ansprechpartner:

Dr. Guido Klumpp, Geschäftsführer

E-Mail: klumpp@bagso.de